Stadt Plauen
Stadtrat

Plauen, 21. Mai 2019

Niederschrift
über die 50. Sitzung des Stadtrates

Sitzung am :	Dienstag, den 30.04.2019
Sitzungsort:	Festhalle Plauen

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 20:40 Uhr

Anwesenheit:
Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates sind 20 ständig anwesend:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied
Andre Bindl	Prof. Dr. Lutz Kowalzick	Uta Seidel
Hansgünter Fleischer	Lars Legath	Bernd Stubenrauch
Klaus Gerber	Monika Mühle	Christa Süß
Christian Hermann	Steffen Müller	Frank Thieme
Daniel Herold	Petra Rank	Frank M. Zabel
Klaus Jäger	Thomas Salzmann	
Tobias Kämpf	Jörg Schmidt	

Zeitweise Anwesende:
Zeitweise anwesend sind 17 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates:

Stimmberechtigtes Mitglied	während TOP
Dieter Blechschmidt	zeitweise anwesend bis TOP 3.10.
Xenia Boerner	zeitweise anwesend bis TOP 6.3.
Dirk Brückner	zeitweise anwesend ab TOP 1.2.
Ingo Eckardt	zeitweise anwesend ab TOP 1.1.
Christian Erdmann	zeitweise anwesend ab TOP 1.2.
Thomas Fiedler	zeitweise anwesend bis TOP 3.10.
Sven Gerbeth	zeitweise anwesend ab TOP 3.2.
Ronny Hagen	zeitweise anwesend ab TOP 3.4. bis TOP 3.7.
Claudia Hänsel	zeitweise anwesend bis TOP 3.10.
Wolfgang Hinz	zeitweise anwesend bis TOP 3.4.
Kerstin Knabe	zeitweise anwesend bis TOP 3.9.
Rico Kusche	zeitweise anwesend bis TOP 3.3.
Juliane Pfeil-Zabel	zeitweise anwesend ab TOP 3.1. bis TOP 3.10.
Ilka Reißner	zeitweise anwesend bis TOP 3.8.
Tobias Rüdiger	zeitweise anwesend bis TOP 3.8.
Wolf-Rüdiger Ruppin	zeitweise anwesend bis TOP 3.8.
Benjamin Zabel	teilweise anwesend ab TOP 3.1. bis TOP 3.8.

Abwesende:
Abwesend sind 6 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates:

Stimmberechtigtes Mitglied:	Abwesenheitsgrund:
Ralf Bräunel	entschuldigt (dienstlich)
Rene Fischer	entschuldigt (dienstlich)

Alexandra Glied	entschuldigt (dienstlich)
Dieter Rappenhöner	entschuldigt (Urlaub)
Annekatrin Schicker	entschuldigt (Kind krank)
Hansjoachim Weiß	entschuldigt (Familienfeier)

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheit
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen	ab TOP 3.7.
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Weck	Pressesprecherin der Stadt Plauen	zu allen TOP
Frau Wolf	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	zu allen TOP
Herr Schäfer	Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport	öffentlicher Teil
Herr Gabriel	i. V. der Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Winkler	Leiterin Fachgebiet Stadtplanung und Verkehr	Öffentlicher Teil
Herr Brosig	FG Stadtplanung und Verkehr	zeitweise anwesend
Herr Löffler	FG Stadtplanung und Verkehr	zeitweise anwesend
Herr Forster	FG Stadtplanung und Verkehr	zeitweise anwesend

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion FDP/Initiative Plauen	zu allen TOP
Herr Laible, SPD/Grüne-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Beantwortung von Anfragen
1.3. Informationen des Oberbürgermeisters
1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 02.04.2019

2. Information

2.1. Information zu den bisher geplanten Veranstaltungen anlässlich Stadtjubiläum Plauen 900
Drucksachennummer: 973/2019

3. Beschlussfassung

3.1. 4. Änderung der Parkgebührenverordnung
Drucksachennummer: 979/2019

3.2. BBP 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ - Abwägungsbeschluss
Drucksachennummer: 985/2019

3.3. BBP 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ - Satzungsbeschluss
Drucksachennummer: 986/2019

3.4. Kleingarten-Konzept der Stadt Plauen 2035 – Teil B (Teilfachkonzept des „Stadtkonzeptes Plauen 2033“)

Drucksachennummer: 982/2019

3.5. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes Eugen-Fritzsch-Straße 26
Drucksachennummer: 981/2019

3.6. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes Tischerstraße 27
Drucksachennummer: 972/2019

3.7. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion - Einrichtung von Bürgerbussen
Reg.-Nr. 355-19
- Stellungnahme der Verwaltung

3.8. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion - Bildung Planungsausschuss "Modellvorhaben Städtebau" und Einrichtung eines Bürgerhaushaltes
Reg.-Nr. 357-19
- Stellungnahme der Verwaltung

3.9. Antrag der CDU-Fraktion - Prioritätenliste Baumaßnahmen/Notwendigkeit von Konzepten
Reg.-Nr. 361-19
- Stellungnahme der Verwaltung

3.10. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion - Pilotprojekt „Digitale Schule“
Reg.-Nr. 364-19
- Stellungnahme der Verwaltung

3.11. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu *Dr. Nr. 968/2019* - Standort für Errichtung Verkehrsübungsplatz zur Fahrradausbildung, ***Reg. Nr. 377-19***
- Stellungnahme der Verwaltung
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur alternativen Nutzung des Grundstücks L.-F.-Schönherr-Str. 6
Reg. Nr. 378-19

4. 17:00 Uhr - Einwohnerfragestunde

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 50. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, und Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE., bestellt.

1.1. Tagesordnung

Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, stellt im Namen der CDU-Fraktion den Geschäfts-ordnungsantrag, den TOP 3.1. 4. Änderung der Parkgebührenverordnung, *Drucksachen-nummer: 979/2019*, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion wurden die Ideen der einzelnen Fraktionen, welche im Rahmen der Haushaltsverhandlungen zum Parkraumkonzept vereinbart wurden, nicht wie vorgesehen in den jeweiligen Ausschüssen behandelt.

Herr Levente Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, empfiehlt, die Vorlage heute behandeln zu lassen. Er begründet dies gemäß Sachverhalt der o. g. Verwaltungsvorlage.
Zum Thema „Brötchentaste“ und Verlängerung der Parkzeiten soll nach gründlicher Prüfung und

Ausarbeitung zu gegebener Zeit in den entsprechenden Ausschüssen beraten werden.

Stadtrat Rico Kusche, Fraktion FDP/Initiative Plauen, unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass im Ältestenrat besprochen wurde, diese Vorlage auf der heutigen Tagesordnung zu belassen.

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus. Sollte die Vorlage heute nicht beschlossen werden, würde man sich für das nächste Jahr eine Chance vergeben, die Innenstadt von Plauen zu beleben.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt den o. g. Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen; 17 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung.
Beschluss-Nr.: 50/19-1GO

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt 3.1. bleibt auf der Tagesordnung der heutigen Stadtratssitzung.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass zur Anfrage von Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, bezüglich des aktuellen Sachstandes bzw. den Perspektiven einer möglichen Wiedereröffnung für die Begehbarkeit der so genannten „Panzerbrücke“ im Bereich Hohlbeinstraße/Weiße Elster derzeit noch Untersuchungen durchgeführt werden. Eine zeitnahe Beantwortung wurde mit Stadtrat Gerbeth abgesprochen.

1.3. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass gemäß Antrag der Fraktion DIE LINKE., am 29.04.2019 die „Zukunftskommission Theater Plauen-Zwickau“ getagt hat.
Es waren Vertreter des Stadtrates von Plauen und Zwickau, Vertreter beider Landkreise, der Generalintendant und die Geschäftsführerin der Theaters Plauen-Zwickau gGmbH, der Betriebsratsvorsitzende, der Vorsitzende des Deutschen Bühnenvereins sowie der Leiter der Abteilung Kunst im Staats-ministerium für Wissenschaft und Kunst, Herr Thomas Früh, in Vertretung für die Staatsministerin Frau Dr. Eva Maria Stange, anwesend.

Im Ergebnis dieses Treffens hat man sich auf folgende Ziele geeinigt:

Die Gesellschafter Plauen und Zwickau sichern für die gesamte Laufzeit des Grundlagenvertrages, also bis 2022, die vereinbarten Zuschüsse für die Gesellschaft zu.

Die Gesellschafter, das heißt die Städte Zwickau und Plauen, fordern die sozialverträgliche Um-setzung des bereits aus dem Jahr 2009 stammenden Strukturkonzeptes. Dieses besagt, dass das gemeinsame Theater für die Absicherung der vier Sparten 273 Beschäftige umfasst.

Die Teilnehmer des gestrigen Treffens erwarten vom Freistaat Sachsen die Verstetigung der Zuschüsse über 2022 hinaus in der Größenordnung, die es ermöglichte, die Haustarifverträge für die Beschäftigten zu verlassen, sowie die Berücksichtigung der Kosten- und Tarifsteigerungen.

An die Intendanz ergeht die Forderung, die Aktivitäten des Theaters hinauszutragen, an Schulen, Clubs, Vereine, um nicht nur den Kulturauftrag zu erfüllen, sondern auch einen Bildungsauftrag.

Es ist verständlich, dass der Vogtlandkreis, in der gegenwärtigen Situation der Haushaltkonsolidierung keine neuen Verpflichtungen eingehen kann. Mittelfristig wird jedoch erwartet, dass die beiden Landkreise in die Gesellschafterstruktur einbezogen werden, so, wie es bei allen anderen Theatern im ländlichen Raum in Sachsen der Fall ist.

Alle Beteiligten an der Zukunftskommission Theater waren sich darüber einig, dass die Strukturen an beiden Theatern immer wieder im Rahmen des bestehenden Mehrspartentheaters an die Notwendigkeiten angepasst werden müssten.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass seitens der Fraktion DIE LINKE. leider niemand an dieser Zukunftskommission teilgenommen hat.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über den aktuellen Sachstand bezüglich Breitbandausbau in der Stadt Plauen.
Nach einer verbindlichen Ausschreibung konnte kein wirtschaftliches Ausschreibungsangebot erzieht werden. Das Ausschreibungsergebnis lag bei ca. 20 Mio. EUR. Ca. 10 Mio. EUR waren eingeplant. Entsprechende Nachverhandlungen brachten nicht den gewünschten Erfolg.
Dem Vogtlandkreis wurde schriftlich angezeigt, dass die Stadtwerke Strom GmbH den Auftrag zu den vorliegenden Bedingungen nicht ausführen kann, ohne das Unternehmen insgesamt zu gefährden.
Das Problem für die sehr hohen Ausschreibungsergebnisse wird vor allem darin gesehen, dass die Bundesregierung sehr enge Zeitfenster für die Umsetzung vorgegeben hat.
Die Wirtschaftsförderung des Vogtlandkreises hat mit der zuständigen Bundesbehörde Kontakt auf-genommen, um evtl. Fristen verlängern zu lassen oder Fördersummen deutlich erhöhen zu lassen. Beides wurde abschlägig beantwortet
Der Landrat des Vogtlandkreises versucht nunmehr, unter Mitwirkung der Bundesbehörde und des Freistaates Sachsen eine Lösung zu finden
Zeitverzüge beim Breitbandausbau, die damit in Zusammenhang stehen können derzeit nicht benannt werden, weil eine rechtliche Klärung noch aussteht.

1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 02.04.2019

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Ankauf des Flurstücks 3401/1, Gemarkung Plauen, 08527 Plauen, Louis-Ferdinand-Schönherr-Straße 6 (ehemals Plauener Gardine GmbH) genehmigt.

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen hat hierfür die Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Jahr 2019 in Höhe von 49.000,00 EUR in der Investition 18-0000026 – sonstige städtische Abbrüche (abhängig vom Grunderwerb) genehmigt.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat den Verkauf einer Teilfläche von Flurstück 1358/9 in 08527 Plauen, Hofwiesenstraße 24, an Frau Heike Günthel oder im Falle des Nichtzustandekommens dieses Verkaufs, an Herrn Ronny Neumann genehmigt.

2. Information

2.1. Information zu den bisher geplanten Veranstaltungen anlässlich Stadtjubiläum Plauen 900 *Drucksachennummer: 973/2019*

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass die Bestrebung, den Tag der Sachsen mit dem

900-jährigen Jubiläum der Stadt Plauen zusammen zu legen, vom neu gewählten Stadtrat im Herbst 2019 entschieden werden soll.
Eine Reservierung des Tages der Sachsen im Jahr 2022 für Plauen wurde vorgenommen.
Die entsprechende Bewerbung müsste im Frühjahr 2020 vorgenommen werden.

Information:
Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die in der Anlage beigefügte Veranstaltungsplanung für das Stadtjubiläum Plauen 900 zur Kenntnis.

3. Beschlussfassung

3.1. 4. Änderung der Parkgebührenverordnung
Drucksachennummer: 979/2019

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, kritisiert, dass nur die Punkte abgearbeitet wurden, die im Interesse der Verwaltung liegen würden.

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion die Vorlage unterstützten wird, obwohl bekannt ist, dass es noch mehr Potential gäbe und die Wünsche der Einzelhändler bezüglich einer besseren Innenstadtfrequenz noch umfassender seien. Dies sollte zur nächsten Haushalts-befassung näher besprochen werden.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., informiert, dass ihre Fraktion ebenfalls der Vorlage zustimmen wird. Die Verwaltung sei den Vorschlägen der Stadträte entgegen gekommen. Trotzdem könne weiter an diesem Konzept gearbeitet und nachgebessert werden.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Verordnung zur 4. Änderung der Verordnung der Stadt Plauen über die Erhebung von Parkgebühren (ParkgebührenVO) gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen; 14 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 50/19-2

3.2. BBP 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ - Abwägungsbeschluss
Drucksachennummer: 985/2019

Herr Markus Löffler, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Vorlage anhand einer kurzen Bildschirmpräsentation.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt die Ausführungen von Herrn Löffler.
Gleichzeitig bedankt er sich für die Mitarbeit der Plauener Kleingärtner und begrüßt an dieser Stelle den Geschäftsführer des Regionalverbands Vogtländischer Kleingärtner, Herrn Gerd Steffen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, legt dar, dass über das Thema in der Ver-gangenheit teilweise auch kontrovers diskutiert wurde. Aus sportpolitischer Sicht sei der Bau dieser Dreifeldsporthalle ein richtiger Schritt. Seitens der CDU-Fraktion wird es Zustimmung zu beiden

Vorlagen geben.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass sich die Förderkulisse deutlich verändert habe und somit solche Projekte umgesetzt werden könnten.

Stadtrat Zabel bittet die Verwaltung darum, den Antrag seiner Fraktion bezüglich der Bewirtschaftung und Betreibung der Dreifeldhalle im Blick zu behalten und zu konkretisieren.

Auch die SPD/Grüne-Fraktion wird den Vorlagen zustimmen.

Beschluss:
I. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt

a) die gemäß der Anlage 1 von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnisse der Abwägung bezüglich der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange die berücksichtigt wurden. Dies sind im Einzelnen:

Landesdirektion Sachsen (Nr. 1 gemäß Abwägungstabelle)
Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (Nr. 2)
Landesamt für Archäologie (Nr. 3)
Landesamt für Denkmalpflege Sachsen (Nr. 4)
Sächsisches Oberbergamt (Nr. 5)
Landesamt für Straßenbau und Verkehr (Nr. 6)
Planungsverband Region Chemnitz (Nr. 7)
Landratsamt Vogtlandkreis (Nr. 8)
Zweckverband ÖPNV Vogtland GmbH (Nr. 9)

Plauener Omnibusbetrieb GmbH (Nr. 10)
Polizeidirektion Südwestsachsen (Nr. 11)
Verteilnetz Plauen GmbH (Nr. 12)
Stadtwerke Erdgas Plauen GmbH (Nr. 13)
Envia Therm (Nr. 14)
Zweckverband Wasser/Abwasser Vogtland (ZWAV) (Nr. 15)
Inetz GmbH (eins energie in sachsen) (Nr. 16)
MITNETZ STROM mbH (Nr. 17)
Deutsche Telekom Technik GmbH (Nr. 18)
50Hertz Transmission GmbH (Nr. 19)
Handwerkskammer Chemnitz, Außenstelle Plauen (Nr. 21)
Zentrales Flächenmanagement Sachsen (Nr.22)
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Nr. 23)
Sächsische Bildungsagentur (Nr. 24)
Pfarramt Luthergemeinde (Nr. 25)
Naturschutzbund Deutschlands (NABU) (Nr. 27)
Grüne Liga Sachsen e.V. (Nr. 28)
Naturschutzverband Sachsen (NASA) (Nr. 29)
Landesverein Sächsischer Heimatschutz e.V. (Nr. 30)
Gemeinde Rosenbach/Vogtl. (Nr. 31)
Stadt Oelsnitz/Vogtl. (Nr. 32)
Verwaltungsgemeinschaft Weischlitz (Nr. 33)
Verwaltungsgemeinschaft Treuen-Neuensalz (Nr. 34)
Gemeinde Pöhl (Nr. 35)
Verwaltungsverband Jägerswald (Nr. 36)
Stadt Greiz (Nr. 37)
LAG, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (Nr. 39)

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 50/19-3

I. b) die gemäß der Anlage 1 von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnisse der Abwägung bezüglich der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange die „teilweise

berücksichtigt“ wurden in Einzelabstimmung:

1. IHK Chemnitz, Regionalkammer Plauen (Nr. 20 gemäß Abwägungstabelle)

   Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt das Ergebnis der Abwägung bezüglich der Stellung Nahmen der IHK Chemnitz, Regionalkammer Plauen.

   Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
   Beschluss-Nr.: 50/19-4

2. Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) (Nr. 26 gemäß Abwägungstabelle)

   Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt das Ergebnis der Abwägung bezüglich der Stellung nahmen des Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND).

   Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
   Beschluss-Nr.: 50/19-5

3. Regionalverband Vogtländischer Kleingärtner e.V. (Nr. 38 gemäß Abwägungstabelle)

   Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt das Ergebnis der Abwägung bezüglich der Stellung Nahmen des Regionalverband Vogtländischer Kleingärtner e.V.

   Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen
   Beschluss-Nr.: 50/19-6

I. c) die gemäß der Anlage 1 von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnisse der Abwägung bezüglich der Stellungnahmen der Öffentlichkeit die „nicht berücksichtigt“ wurden in Einzelabstimmung:

1. Person 1 (Nr. 40 gemäß Abwägungstabelle)

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt das Ergebnis der Abwägung bezüglich der Stellung nahmen der Person 1.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 50/19-7

II. Darüber hinaus beschließt der Stadtrat der Stadt Plauen die Ergebnisse der Abwägungstabelle in der
Gesamtheit gemäß der Abwägungstabelle (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 50/19-8

3.3. BBP 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ - Satzungsbeschluss
Drucksachennummer: 986/2019

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob ausreichende Ausgleichspflanzungen für den Wegfall der Grünflächen der Kleingärten vorgenommen werden.

Herr Löffler, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, teilt mit dass es sich hier um einen so genannten Innenstandard handelt. Dieser sei nicht vergleichbar mit Flächen im Außenbereich, wie z. B. im Gewerbegebiet Oberlosa.

Es werden alle geforderten Bäume (Berechnung in Bezug auf die versiegelte Fläche für Stellplätze) neu gepflanzt. Dies ist auch in der Abwägungstabelle dargestellt.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt auf Grund § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S.3634) sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.05.2016 (SächsGVBl. S.186), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.12.2018 (SächsGVBl. S. 706) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.03.2018 (SächsGVBl. S. 62) den Bebauungsplan Nr. 041 „Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium“ bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) in der Fassung 03/2019 (s. Anlage 1) als Satzung und billigt die Begründung (s. Anlage 2).

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen1 Nein-Stimme; 5 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 50/19-9

3.4. Kleingarten-Konzept der Stadt Plauen 2035 – Teil B (Teilfachkonzept des „Stadtkonzeptes Plauen 2033“)

Drucksachennummer: 982/2019

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage und die von der Verwaltung erfolgten Änderungen/Ergänzungen zum Konzept in der Fassung vom 12.03.2019, welche heute zur Beschlussfassung steht.

Stadtrat Klaus Gerber, SPD/Grüne-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Erteilung von Rederecht für Herrn Gerd Steffen, Geschäftsführer des Regionalverbands Vogtländischer Kleingärtner, zu diesem Tagesordnungspunkt.

Oberbürgermeister Oberdorfer befürwortet diesen Geschäftsordnungsantrag ohne Abstimmung.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., legt dar, dass die „Arbeitsgruppe Kleingartenkonzept“ nicht erkennen kann, dass es so schwer sein soll, aus den vielen derzeit existierenden Verträgen einen Hauptpachtvertrag zu formulieren.
Dies sei nicht Aufgabe der Verwaltung, sondern sollte vom Stadtrat mit beschlossen werden.

Bezüglich der Finanzierung sollten die Kleingartenvereine nach Meinung von Stadtrat Jäger von der Stadt Plauen besser unterstützt werden. Er merkt an, dass es z. B. in Zwickau seit 2010 ein Kleingartenkonzept gibt, welches besagt, dass 20 % der Pachteinnahmen als Rücklauf an die Vereine zurückgegeben werden. In Reichenbach wurde das Kleingartenkonzept 2018 mit der Maßgabe beschlossen, für 5 Jahre die kompletten Pachteinnahmen an den Regionalverband zurück zu geben.

Stadtrat Jäger führt weiter aus, dass es in Plauen lediglich 2 % Pachtrücklauf an die Vereine gibt.

Stadtrat Jäger bittet darum, dass der Stadtrat der Stadt Plauen dem von der Arbeitsgruppe erstellten Kleingartenkonzept in der Fassung vom 19.02.2019 zustimmen sollte.

Stadtrat Wolf-Rüdiger Ruppin, CDU-Fraktion, spricht sich ebenfalls für die Fassung des Kleingartenkonzeptes vom 19.02.2019 aus.
Er übergibt zu dieser Fassung einen Änderungsantrag seiner Fraktion mit folgendem Inhalt:

Der Beschlussvorschlag zum Kleingartenkonzept Teil B in der Fassung vom 19.02.2019

wird ergänzt um Seite 15, 8. Absatz (neu) und Seite 15, letzter Absatz, letzter Satz (neu) aus der Fassung vom 12.03.2019.

Für Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, erschließt sich nicht, warum sich die Verwaltung gegen die Fassung des Kleingartenkonzeptes vom 19.02.2019 sperrt. Weiterhin erschließt sich ihm nicht, was gegen einen Generalpachtvertrag spricht und bittet um Erläuterung.

Stadtrat Gerber spricht sich ebenfalls für die Fassung des Kleingartenkonzeptes vom 19.02.2019 aus, welche nach 4 konstruktiven und intensiven Beratungen der „Arbeitsgruppe Kleingartenkonzept“ einstimmig der Verwaltung und dem Stadtrat zur Beschlussfassung übergeben wurde.
Die von der Verwaltung vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen (Fassung vom 12.03.2019) hält Stadtrat Gerber nicht für notwendig und zielführend.

Herr Gerd Steffen, Geschäftsführer des Regionalverbands Vogtländischer Kleingärtner, führt aus, dass die Pachtpreisbindung keine soziale Leistung darstellt. Gemäß Bundeskleingartengesetzrichtet sich der Pachtpreis für Kleingärten nach dem erwerbsmäßigen Obst- und Gemüseanbau. Für die Stadt Plauen liegt ein Gutachten vor, woraus sich 2,2 Cent/qm im gewerblichen Anbauergeben. Wenn mehr verlangt werden sollte, müsste ein neues Gutachten erstellt werden.

Herr Steffen erläutert, dass nicht die Kleingartenvereine, sondern der Regionalverband Kleingärtner der Vertragspartner der Stadt Plauen ist.
Der Regionalverband hat mit ca. 90 Einzelpachtverträgen Flächen der Stadt an gepachtet und hat diese an die verschiedenen Kleingartenvereine zwischenverpachtet. Dieses könnte auch in einem Hauptpachtvertrag zusammengefasst werden.

Herr Steffen merkt an, dass finanzielle Unterstützung durch die Stadt Plauen gerne angenommen würde. Dafür wird auch durch den Regionalverband etwas getan. So wurde in der Verbandsversammlung beschlossen, einen Hilfsfonds zu gründen. Leider sei aber aus dem vorliegenden Konzept der Verwaltung (Fassung vom 12.03.2019) nicht ersichtlich, in welcher Höhe eine finanzielle Unterstützung vorgesehen sei.

Herr Steffen bedankt sich bei den betreffenden Mitgliedern des Stadtrates und bei Herrn Forster, FG Stadtplanung und Umwelt, für die konstruktive Mitarbeit in der „Arbeitsgruppe Kleingartenkonzept“.

Herr Steffen spricht sich für die Fassung des Kleingartenkonzeptes Teil B vom 19.02.2019 aus und bittet hierfür um Zustimmung.

Bürgermeister Sárközy erläutert, warum nunmehr die Fassung vom 12.03.2019 zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. U. a. hält er es derzeit für verfrüht, über einen gemeinsamen Generalpachtvertrag zu sprechen. Er betont, dass über den Inhalt des Kleingartenkonzeptes Teil B weitgehend Einigkeit besteht.

Bürgermeister Sárközy hält es aber für verfrüht, heute darüber entscheiden zu wollen, ob es einen Generalpachtvertrag geben soll. Darüber sollte zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal mit dem Fachbereich Finanzverwaltung und dem Eigenbetrieb GAV gesprochen werden.
Gleichzeitig müssten die finanziellen Aspekte bezüglich eines Pachtrücklaufes an die Vereine noch einmal beraten werden.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert Stadtrat Ruppin noch einmal den von ihm eingebrachten Antrag. Er weist darauf hin, dass die Fassung des Kleingartenkonzeptes vom 12.03.2019 durch die Fassung vom 19.02.2019 ersetzt werden soll.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE. stellt den Antrag, dass die Fassung des

Klein-gartenkonzeptes Teil B vom 12.03.2019 durch die Fassung vom 19.02.2019 ersetzt und heute beschlossen werden soll.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 50/19-10

Nunmehr ruft Oberbürgermeister Oberdorfer den von Stadtrat Ruppin vorgetragenen **Änderungs-antrag der CDU-Fraktion** zur Abstimmung auf.

Stadtrat Jäger hat Probleme mit der Formulierung „nicht pauschal, sondern konkret und zweckgebunden". Dies hätte zur Folge, dass mehrere Instanzen beraten und prüfen müssten. Er denkt auch, dass hier nicht genügend Vertrauen in den Regionalverband Kleingärtner da sei.

Beschluss zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion:
Der Beschlussvorschlag zum Kleingartenkonzept Teil B in der Fassung vom 19.02.2019 wird wie folgt ergänzt:

Auf Seite 15 des o. g. Kleingarten-Konzeptes in der Fassung vom 19.02.2019 soll folgendes aus der Fassung vom 12.03.2019 ergänzt werden:

> Eine finanzielle Unterstützung der Stadt sollte außerdem nicht pauschal, sondern konkret und zweckgebunden und auf den jeweiligen Fall zugeschnitten sein.
> Ebenfalls als schwierig wird die Beteiligung der privaten Grundeigentümer an der Finanzierung eingeschätzt. Die Klärung beider Punkte würde jedoch den Rahmen dieses Konzeptes sprengen. Grundsätzlich sollten die Aussagen des Finanzierungskonzeptes für die Stadt und private Eigentümer gleichermaßen gelten.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 9 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 50/19-11

Die Beschlussfassung zur Verwaltungsvorlage, ***Drucksachennummer: 982/2019***, wird dementsprechend geändert und abgestimmt:

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, das Kleingarten-Konzept der Stadt Plauen 2035 – Teil B in seiner Fassung vom **19.02.2019** als Grundlagenpapier für die Weiterentwicklung des Kleingartenwesens in der Stadt und als Bestandteil der Gesamtfortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Plauen 2033" (InSEK) unter Beachtung der nachfolgend genannten Änderung gemäß
Antrag der CDU-Fraktion vom 30.04.2019:

Auf Seite 15 des o. g. Kleingarten-Konzeptes in der Fassung vom 19.02.2019 soll folgendes aus der Fassung vom 12.03.2019 ergänzt werden:

> Eine finanzielle Unterstützung der Stadt sollte außerdem nicht pauschal, sondern konkret und zweckgebunden und auf den jeweiligen Fall zugeschnitten sein.
>
> Ebenfalls als schwierig wird die Beteiligung der privaten Grundeigentümer an der Finanzierung eingeschätzt. Die Klärung beider Punkte würde jedoch den Rahmen dieses Konzeptes sprengen. Grundsätzlich sollten die Aussagen des Finanzierungskonzeptes für die Stadt und private Eigentümer gleichermaßen gelten.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 50/19-10

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE. bedankt sich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit während seiner Tätigkeit als Mitglied des Stadtrates in den letzten 29 Jahren. Er teilt mit, dass dies heute seine letzte Stadtratssitzung sei. Es habe ihm Spaß gemacht, im Stadtrat mitarbeiten zu können.
Stadtrat Hinz wünscht weiterhin viel Erfolg bei der Gestaltung der Stadt Plauen.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass die Mitglieder des Stadtrates solange als gewählt gelten, bis sich der neue Stadtrat in der konstituierenden Sitzung im September 2019 zusammenfindet.

3.5. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes Eugen-Fritzsch-Straße 26
Drucksachennummer: 981/2019

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung der Maßnahme „Modernisierungsarbeiten an der Fassade (hofseitig) Eugen-Fritzsch-Straße 26 in Plauen“.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 50/19-11

3.6. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes Tischerstraße 27
Drucksachennummer: 972/2019

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung der Maßnahme „Instandsetzungsmaßnahmen an der Fassade des Gebäudes Tischerstraße 27“ in Plauen.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 50/19-12

3.7. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion - Einrichtung von Bürgerbussen
Reg.-Nr. 355-19
- Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion.

Oberbürgermeister Oberdorfer nimmt an, dass viele noch nicht wissen, welche Beschlüsse im Zweckverband ÖPNV bezüglich dieses Themas herbeigeführt wurden, welche ab Oktober 2019 eine deutliche Verbesserung des ÖPNV-Angebotes in den Ortsteilen vorsehen.

Herr Hagen Brosig, Sachbearbeiter Verkehrsplanung im Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, informiert anhand einer Bildschirmpräsentation über diese Verbesserungen.
U. a. erläutert er die Gesamtkosten für die Anschaffung und den Einsatz eines „Bürgerbusses“.

Herr Brosig stellt weiterhin das neue Vogtlandnetz vor, welches vom Zweckverband ÖPNV

be-schlossen wurde und am 13.12.2019 in Kraft treten wird. Das daraus resultierende erweiterte Bus-angebot soll im Oktober 2019 starten. Es wäre ratsam, dieses Angebot erst einmal anlaufen zu lassen und intensiv zu nutzen. Danach könne immer noch über einen evtl. Mehrbedarf gesprochen werden.

Weiterhin merkt Herr Brosig an, dass die Plauener Straßenbahn das Rückgrat des ÖPNV bildet. Besonders wichtig sei daher, die Finanzierung der Straßenbahn dauerhaft zu sichern.

In diesem Sinne empfiehlt Oberbürgermeister Oberdorfer, erst einmal das o. g. erweiterte Angebot abzuwarten.

Gleichzeitig bittet Oberbürgermeister Oberdorfer darum, das erweiterte Angebot des ÖPNV auch in den Ortschaften umfangreich zu kommunizieren.

Auf Nachfrage von Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, antwortet Oberbürgermeister Oberdorfer, das der RufBus zu dem festgelegten Fahrplan nur dann fährt, wenn ein Anruf erfolgt ist.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass es Randzeiten/Wochenendzeiten gibt, wo nach seiner Meinung die öffentlichen Verkehrsangebote speziell in Richtung der Ortsteile bei weitem nicht ausreichen würden. Hier sollte bei der geplanten Vergabe an die Plauener Straßenbahn genau überlegt werden, wie man z. B. Endhaltestellen der Straßenbahn über die Ortsteile miteinander verknüpfen kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer empfiehlt Stadtrat Eckardt zu diesen Fragen das Gespräch mit Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, zu suchen, da er sich aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit im Aufsichtsrat der Plauener Straßenbahn GmbH hier sehr gut auskennt.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., hält die Darstellung von Herrn Brosig für absolut überzeugend. Er bittet aber darum, mit Augenmaß an die Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs heranzugehen.

Stadtrat Benjamin Zabel führt aus, dass natürlich die Plauener Straßenbahn oberste Priorität hat.
Er schlägt vor, bis Ende des Jahres 2019 anhand einer Informationsvorlage eine Auswertung bezüglich der oben beschriebenen Erweiterung des ÖPNV an die Mitglieder des Stadtrates auszureichen.
Bis dahin soll der Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg. Nr. 355-19 zurückgestellt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass eine Auswertung bis Ende 2019 zu knapp sei, da das erweiterte Angebot erst ab Oktober 2019 beginnt. Er empfiehlt deshalb eine Auswertung im Mai 2020.

Stadtrat Benjamin Zabel teilt mit, dass man sich auf Ende I. Quartal 2020 einigen könnte.
Insbeson-dere sollten bei dieser Auswertung auch die Ortsteile von Plauen mit berücksichtigt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt zu Protokoll, dass bis zum Ende des I. Quartals 2020 (April 2020) die Einführung der PlusBus- und RufBus-Linien auszuwerten und dem Stadtrat zuzuleiten sind.

Stadtrat Wolf-Rüdiger Ruppin, CDU-Fraktion, merkt an, dass es vielleicht sinnvoll sei, die Nachtbuslinien zu erweitern, so dass Ortsteile oder z. B. auch der Sportpark Plauen auch nach 20 Uhr noch
erreichbar sind.

Der Antrag, *Reg. Nr. 355-19* wird von der SPD/Grüne-Fraktion unter Berücksichtigung nachfolgender Hinweise vorerst zurückgestellt:

Bis zum Ende des I. Quartals 2020 soll durch die Verwaltung eine Auswertung des ab Oktober 2019 neu einzuführenden ÖPNV-Busnetzes erfolgen.

Die Ergebnisse der Auswertung sind den Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen in Form einer Informationsvorlage im April 2020 vorzulegen.

3.8. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion - Bildung Planungsausschuss "Modellvorhaben Städtebau" und Einrichtung eines Bürgerhaushaltes
Reg.-Nr. 357-19
- Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion.
Er merkt u. a. an, dass der im Punkt 1. des Antrages genannte „Planungsausschuss“ nicht notwendig sei. Stattdessen würde eine „**Arbeitsgruppe“ ausreichen**. Der Punkt 1. wird dementsprechend von der Fraktion geändert.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert noch einmal das Verfahren zur Bewerbung für das „Modellvorhaben Städtebau“. Er betont, dass hier nicht nach den Wünschen der Bevölkerung gefragt werden könne, sondern dass streng nach den Regularien der Städtebauförderung agiert werden müsse.

Derzeit wurde die Bewerbung vom Herbst 2018 verwaltungsseitig qualifiziert und an die zuständigen Stellen geschickt.
Im Vorfeld wurde bereits mehrfach von Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass er die Beschlüsse bezüglich des. o. g. Programmes erst dem neu gewählten Stadtrat ab September 2019 zuleiten wird, da es sich um Beschlüsse bis ins Jahr 2023 hinein handelt. Eine Beschlussfassung soll nach umfangreicher Diskussion in den zuständigen Ausschüssen erfolgen.

Stadtrat Hermann führt aus, dass im Verwaltungsausschuss zu Protokoll gegeben worden sei, dass der neu gewählte Stadtrat im September 2019 über das Projekt beschließen soll. Demnach müsste nach Meinung von Stadtrat Hermann das Protokoll geändert werden.

Stadtrat Hermann schlägt vor, das derzeit vorliegende Konzept bereits jetzt schon einmal an die Fraktion zuzuleiten, um sich vorab informieren zu können.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt das Protokoll vom Verwaltungsausschuss nicht ändern.
Sobald sich der neu gewählte Stadtrat gebildet hat, wird Oberbürgermeister Oberdorfer die entsprechenden Unterlagen zum „Modellprojekt Städtebau“ zuleiten.
Gerne kann eine Kopie der Bewerbung zum o. g. „Modellprojekt Städtebau“ an die Fraktionen weitergeleitet werden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, schließt sich den Ausführungen von Oberbürgermeister Oberdorfer an. Die Befassung zum „Modellprojekt Städtebau“ soll dem neu gewählten Stadtrat zur Befassung übergeben werden.
Die „Wiederbelebung“ eines Bürgerhaushaltes hält er nicht für den richtigen Weg.

Oberbürgermeister Oberdorfer verliest die 13 Maßnahmen, welche in der Bewerbung zum „Modellprojekt Städtebau“ aufgeführt sind:

01 Sporthallenbau am Lessing-Gymnasium (Dreifeldsporthalle)
02 Erweiterung „Stadtbad Plauen“ unter Nutzung regenerativer Energien
03 Sportanlagenkomplex an der Kemmler-Schule (Oberschule)

04 Anbindung des Ortsteils Oberlosa an die Plauener Kernstadt durch E-Mobilität und selbstfahrende Shuttlebusse
05 Nachnutzung brachliegender Flächen des ehemaligen Rückbaugebietes „Mammengebiet“
06 Tradition und Innovation – die Elsteraue als Wiege der Textilindustrie und Ideenwerkstatt der Zukunft
07 Wohnen & Leben an der Einfallstraße: städtebauliche und funktionale Perspektiven für stark belastete Wohnquartiere an Bundes- und Hauptverkehrsstraßen
08 Modellprojekt „Junge Helden bauen selbst“
09 Nachnutzung für den Garagenstandort an der Knielohstraße
10 Aufwertung des Stadtpark-Areals unter historischen und zukunftsfähigen Gesichtspunkten
11 Smart-City-Area „404“ - Pilotprojekte zur Digitalisierung eines Quartiers
12 Einbeziehung der angrenzenden Kleingartenanlagen in städtebauliche Gesamtentwicklung
13 Aufwertungsmaßnahmen an der Schnittstelle zwischen Stadtzentrum und Vorstadt

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., führt aus, dass die Idee eines Bürgerhaushaltes schon gut sei. Ob ein Bürgerhaushalt in Verbindung mit diesem Projekt sinnvoll ist, sei dahingestellt. Die Idee des Bürgerhaushaltes sollte aber nach Meinung von Stadträtin Rank wieder aufgegriffen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass jede einzelne der genannten Maßnahmen eine Detail-planung benötigt. Diese können gerne auch mit der Bevölkerung besprochen werden. Es kann aber nicht suggeriert werden, dass die Bevölkerung einen Teil der 50 Mio. EUR zur freien Verfügung hat.

Stadtrat Hermann vertritt die Meinung, dass sich einige der aufgeführten Maßnahmen des „Modellprojektes Städtebau“ sehr wohl für eine Bürgerbeteiligung eignen würden.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Für die Projektplanung der Mittel Bundesprogramm „Modellvorhaben Städtebau" (25 Mio. EUR) und der in Aussicht gestellten Landesförderung (25 Mio. EUR) ist eine Arbeitsgemeinschaft aus Vertreter/innen der Fraktionen unter Leitung des Oberbürgermeisters zu bilden. Dieser bereitet die Verwendung der Fördermittel vor und aktualisiert den eingereichten sozial politischen Konzeptent wurf auf Basis des Stadtkonzeptes 2022.

2. Ein Teil der Bundesprogramm „Modellvorhoben Städtebau" (25 Mio. EUR) und der in Aussicht gestellten Landesförderung (25 Mio. EUR) ist im Rahmen eines Bürgerhaushaltes durch die Beteiligung der Bürger/innen der Stadt Plauen zu vergeben. Dabei sollen die Erfahrungen aus dem Bürgerhaushalt 2015 eingebunden werden. Der Planungsausschuss berät hierzu das Verfahren und macht dem Stadtrat einen Beschlussvorschlag.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen; 16 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 50/19-15

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

3.9. Antrag der CDU-Fraktion - Prioritätenliste Baumaßnahmen/Notwendigkeit von Konzepten, Reg.-Nr. 361-19 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion.
Er führt aus, dass derzeit zahlreiche Konzepte im Geschäftsbereich II erstellt werden, welche viel Fachpersonal binden, z. B. die Suche nach einem neuen Standort für die Tourist-Information in Plauen.
Hiermit wurde sich in der Verwaltung intensiv beschäftigt und mehrere Standorte vorgeschlagen.
Die Mehrheit des Stadtrates würde sich aber nach Meinung von Stadtrat Schmidt gegen dieses Projekt aussprechen.
Es soll nunmehr dargelegt werden, welche Prioritäten im Geschäftsbereich II gesetzt werden.
Anhand dieser zu erstellenden Prioritätenliste könne der Stadtrat dann festlegen, welche Prioritäten weiter verfolgt werden sollen.

Stadtrat Schmidt betont, dass der Stadtrat die Bürger der Stadt Plauen repräsentiert und dass sich Bauvorhaben am Willen der Bürger orientieren sollen und nicht am Willen des Baubürgermeisters.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor.
Er nimmt sich den Antrag der CDU-Fraktion als Kritik an seiner Person an. Nach den Wahlen möchte Bürgermeister Sárközy wieder intensiver mit den Fraktionen kommunizieren. Er geht aber davon aus, dass er in der Vergangenheit seine Ziele und die Ziele seines Geschäftsbereiches ausreichend dargelegt hat. Das von ihm zu Beginn seiner Amtszeit vorgelegte „8-Punkte-Programm“ sei in den vergangenen 6 Jahren zum größten Teil umgesetzt worden.

Bürgermeister Sárközy bitter darum, den Antrag zu ändern und schlägt folgenden Beschlusstext vor:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die aktuellen Prioritäten der Stadtentwicklung in einer Liste vorzustellen.

Den zweiten Teil des Beschussvorschlages vom Antrag der CDU-Fraktion kann Bürgermeister Sárközy nicht unterstützen.

Stadtrat Schmidt betont, dass der Antrag darauf abzielt, den Stadtrat frühzeitig genug einzubinden, um mit entscheiden zu können, welche Konzepte und Bauvorhaben sinnvoll sind.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, und seine Fraktion sind sich mit der CDU-Fraktion zu diesem Antrag einig. Man wolle als Stadtratsmitglied persönlich mit helfen, die richtigen Entscheidungen für die Stadt Plauen zu treffen. Dies sollte nicht als persönliche Kritik am Bürgermeister selbst gesehen werden. Der Antrag der CDU-Fraktion sollte ohne Änderungen beschlossen werden.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, führt aus, dass der Antrag schon eine Kritik am Führungsstil des Baubürgermeisters sei. Diese Kritik sollte erlaubt sein, wenn der Stadtrat die Meinung vertritt, nicht mehr ausreichend informiert zu werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass das Leitkonzept des Handelns der Stadt Plauen immer das aktuelle Stadtkonzept (derzeit 2022) ist. Er geht davon aus, dass dem Stadtrat nur Dinge zum Beschluss vorgelegt werden, die aus diesem aktuellen Stadtkonzept abgeleitet werden können. Ausnahmen können hierbei durch Grundstücksfragen usw. ergeben.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt über den **ungeänderten Beschlusstext** des Antrages der CDU-Fraktion, ***Reg. Nr. 361-19***, abstimmen.

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt zu Protokoll, dass die geforderte Prioritätenliste zügig mit Konstituierung des neuen Stadtrats ausgereicht werden soll. Seine Basis hierfür ist das aktuelle Stadtkonzept 2022 in Korrespondenz mit dem aktuellen Haushaltsplan der Stadt Plauen.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die von der Stadtverwaltung erarbeitete Prioritätenliste (kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen mit Maßnahmenbeschreibung) zur Planung und Umsetzung der Baumaßnahmen und Konzepte im Geschäftsbereich Bau und Umwelt in der Stadt Plauen. Strukturelle Veränderungen im Sinne der Effizienz in diesem Bereich der Verwaltung sind aufzu-zeigen.
Konzepte des Fachbereiches Bau und Umwelt sind ab sofort vor Erstellung auf Notwendigkeit zu prüfen und dem Fachausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; 9 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 50/19-16

3.10. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion - Pilotprojekt „Digitale Schule“ – *Reg.-Nr. 364-19* - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion. Er verweist hierbei auf die aktuelle Version, welche in der Pause der heutigen Stadtratssitzung aus-gereicht wurde.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor.
U. a. führt er aus, dass die reine Verlegung des Glasfaserkabels bis an die jeweiligen Schulen zwar erstrebenswert sei. Es wäre aber derzeit durch fehlende Endgeräte, durch den aktuellen Lehrplan und die medienpädagogische Konzepte nicht möglich, diese verstärkte Frequenz zu nutzen.

Bürgermeister Zenner bittet daher um Überarbeitung des Antrages. Klar sei, dass für alle Plauener Schulen ein Glasfaseranschluss benötigt wird.

Bürgermeister Zenner schlägt vor, für die Festlegungen der weiteren Vorgehensweise eine Arbeitsgruppe unter Mitwirkung des Eigenbetriebes GAV, der Stadtwerke Plauen, des Geschäftsbereiches II und des Fachbereiches Finanzverwaltung zu bilden.
Weiterhin empfiehlt er, mit der Firma KISA als kompetentem Partner zusammen zu arbeiten. Eventuell sollte auch die Beratung der Schulen bezüglich der effizienten Erstellung eines Medienpädagogischen Konzeptes durch die Firma KISA erfolgen.
Gleichzeitig soll eine Beratung mit den Schulleiter/innen aller Plauener Schulen gemeinsamen mit den PITKO (Pädagogische IT-Koordinatoren)-Lehrern durchgeführt werden und im Anschluss der strukturierte Abruf von Fördermitteln erfolgen.

Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, legt dar, dass es bereits einige Plauener Schulen gibt, die sich Gedanken über die Umsetzung der Digitalisierung gemacht haben. Diese sollten unterstützt werden. En warten darauf, bis die entsprechenden Pläne vom Land bzw. vom Bund kommen,
sei ihrer Meinung nach nicht der richtige Weg.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass digitale Technik nichts nützt, wenn die entsprechenden Lehrer nicht die Ausbildung haben, um diese Technik bedienen zu können.
Weiterhin würde es Gesetze geben, die nicht der Realität entsprechen würden. Z. B. nutzt Stadträtin Hänsel als Englischlehrerin eine App in ihrem Unterricht für die Übersetzung von Wörtern. In der Prüfung darf diese App nicht genutzt werden, so dass die Schüler/innen hier wieder auf das Wörterbuch zurückgreifen müssen.
Die Intention des Antrages der SPD/Grüne-Fraktion sei zwar nachvollziehbar, würde aber an der derzeitigen Realität in den Schulen vorbeigehen.

Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, sieht ebenfalls die Notwendigkeit der digitalen Schule. Allerdings hält er eine Auswahl von nur 3 Plauener Schulen für einen fragwürdigen Ansatz.

Stadtrat Müller führt aus, dass der Antrag der SPD/Grüne-Fraktion nicht gut durchdacht sei und von seiner Fraktion abgelehnt würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer empfiehlt nicht die Bildung einer Arbeitsgruppe. Stattdessen sollte von jeder Fraktion ein Mitglied benannt werden, das in die Entscheidungen der Verwaltung mit ein-bezogen wird.
Weiterhin wird schnellstmöglich eine entsprechende Vorlage zum Thema erstellt.

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, spricht sich für den Antrag seiner Fraktion aus. Er vertritt die Meinung, dass die besten Voraussetzungen für die Plauener Schüler geschaffen werden sollten.
Er bittet darum, den Antrag zu unterstützten. Sehr gerne würde sich Stadtrat Frank M. Zabel auch in die o. g. Arbeitsgruppe mit einbringen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., führt aus, dass Lernmittel an öffentlichen Schulen gemäß Gesetz unentgeltlich sein sollen. Also müsse man dafür sorgen, dass entsprechende digitale Endgeräte an den Schulen zur Verfügung stehen und dafür Sorge zu tragen, dass die Schüler/innen auch damit umgehen könnten.

Bürgermeister Zenner legt abschließend dar, dass Lehrerausbildung bzw. -fortbildung Ländersache ist. Dafür könne nicht der jeweilige Schulträger verantwortlich gemacht werden.

Weiterhin führt Bürgermeister Zenner aus, dass es auch jetzt bereits an mehreren Plauener Schulen eine 100-Megabit-Ausstattung gibt. Die Schulen arbeiten auch jetzt schon mit digitalen Programmen.

Oberbürgermeister Oberdorfer verliest nunmehr den geänderten Beschlusstext des Antrages (siehe zur Sitzung eingereichter geänderter Antrag) der SPD/Grüne-Fraktion und bittet um Abstimmung.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass gemäß § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen der Verweis auf liquide Mittel bezüglich der Deckungsquelle im Antrag der SPD/Grüne-Fraktion nicht ausreichend ist.

Beschluss:
Die Stadtverwaltung initiiert und koordiniert ein Pilotprojekt „Digitale Schule". Ziel ist, dass bereits mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 an mindestens drei Plauener Schulen schnelles Internet (Glasfaser, min. 1 Gbit/s) für digitale Unterrichtsgestaltung genutzt werden kann.

Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat hierfür eine Informationsvorlage spätestens in der Stadtrats-sitzung am 2. Juli 2019 vor. Diese soll jene Schulen enthalten, die aufgrund kurzfristiger realisierbarer Breitbanderschließung und ggfs. bereits vorhandener konkreter Ideen/Planungen zu digitaler Unterrichtsgestaltung für das kurzfristige Pilotprojekt geeignet sind.

Die Informationsvorlage soll die Ausgangslage und umzusetzenden Maßnahmen (z. B. Technik, Konzeption, Lehrerfortbildung) an den Pilotschulen im Schuljahr 2019/2020 darstellen.

Für das Projekt sind bei Bedarf einmalige außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 30.000 EUR aus liquiden Mitteln vorzusehen. Diese Mittel gelten zusätzlich zu den ohnehin städtisch zu finanzierenden (da nicht förderfähigen) Glasfasererschließungsmaßnahmen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen; 21 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 50/19-17

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

3.11. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Dr. Nr. 968/2019 - Standort für Errichtung Verkehrsübungsplatz zur Fahrradausbildung
Reg. Nr. 377-19

- Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur alternativen Nutzung des Grundstücks L.-F.-Schönherr-Str. 6
Reg. Nr. 378-19

Stadträtin Xenia Boerner, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert die beiden Stellungnahmen der Verwaltung.
Er gibt zu Protokoll, dass er der beantragten Verwendung des Grundstückes zustimmen könnte - allerdings unter Berücksichtigung dessen, dass eigentlich vom Stadtrat angemahnt wurde, so viele wie mögliche Gewerbeflächen auch innerstädtisch zur Verfügung zu stellen.
Die Verkehrswacht würde das beantragte Grundstück ebenso befürworten, wie das von der Ver-waltung vorgeschlagene Grundstück am Stadion.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet zu beachten, dass der Ankauf bzw. der Termin des Ankaufs des Grundstückes an der L.-F.-Schönherr-Straße unsicher ist. Der Fördermittelantrag für den angedachten Verkehrsübungsplatz müsste bis 15.05.2019 gestellt sein. Vorzugsweise sollte ein Förderantrag für EFRE-Mittel gestellt werden.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, führt aus, dass es gemäß Bedingungen für die EFRE-Förderung wichtig sei, dass nicht nur der Ankauf und der Abriss des Gebäudes sondern auch die Nachnutzung mit aufgeführt sein müsse.

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion. Dies sei auch eine gute Alternative für den von seiner Fraktion vorgeschlagenen Spielplatz im Gebiet Lützowstraße.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Zusatzantrag ihrer Fraktion. Dieser war als Alternative gedacht, falls der Verkehrsübungsplatz an dieser Stelle nicht errichtet werden könnte.
Sie bittet darum, eine Liste zu erstellen, was auf diesem Gebiet alles möglich wäre, z. B. Bolzplatz, Blühwiese und Verkehrserziehungsplatz.

Oberbürgermeister Oberdorfer beauftragt das Fachgebiet Stadtplanung und Verkehr, ein Konzept zur Begutachten durch den Stadtrat zu erstellen, wie die Fläche an der L.-F.-Schönherr-Straße belegt werden könnte.

Beschluss:
Die Stadtverwaltung Plauen wird beauftragt:

Zur Errichtung eines Verkehrsübungsplatzes sind nach Erwerb der Fläche und Abriss der Brache auf dem Flurstück 3401/1, Gemarkung Plauen, Louis-Ferdinand-Schönherr-Straße 5, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Dafür sind entsprechende Fördergelder des EFRE-Programms für die Nachnutzung der Brache heranzuziehen.

Sollte die effektiv nutzbare Fläche des Grundstücks größer sein, als sie der Verkehrserziehungsplatz benötigt, soll gemeinsam mit den umliegenden Sporteinrichtungen (beispielsweise Sportstudio Westend GbR) die Errichtung von Outdoor-Fitness-Geräten oder einer multifunktionell nutzbaren Sportfläche (z. B. Fußball, Basketball und Hockey) in Ergänzung zum Verkehrserziehungsplatz realisiert werden.

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung
Beschluss-Nr.: 50/19-18

4. 17:00 Uhr - Einwohnerfragestunde

Herr Ulrich Neef, Dr.-Theodor-Brugsch-Str. 48, 08529 Plauen

Herr Neef übergibt seine Anfragen in schriftlicher Form an Oberbürgermeister Oberdorfer.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, merkt an, dass derzeit der Haupteingang des Rathauses sowie der Eingang Marktstraße aufgrund von Bauarbeiten gesperrt sind.

Stadtrat Gerbeth fragt deshalb nach, ob die Verwaltung für alle Bereiche (speziell für den Gang auf der Seite Marktstraße im 1. Obergeschoss) des Rathauses den 2. Fluchtweg und damit die Brandschutzauflagen als eingehalten betrachtet. Er wünscht hierzu auch eine Einschätzung des Brandschutzamtes.

Auf dem o. g. Gang im 1. Obergeschoss ist nunmehr auch noch eine Bautür verschlossen worden, so dass seiner Meinung nach alle Betroffenen über den Quergang bei den Sitzungszimmern 154a/154b hinaus müssten.

Oberbürgermeister Oberdorfer beauftragt Herrn vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb GAV, die aktuelle Fluchtwegesituation darzustellen.

Stadträtin Monika Mühle, CDU-Fraktion, führt aus, dass durch die Baumaßnahmen am Rathaus die Marktstraße nur einseitig befahrbar sei. Hierdurch würde es zu Verkehrsproblemen auf dem Altmarkt und der angrenzenden Straßberger Straße kommen. Sie bittet um Prüfung, ob die Zufahrtsregelung für die Marktstraße geändert werden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer beauftragt das Fachgebiet Straßenverkehrsbehörde zu prüfen, ob die derzeitige Zufahrtsregelung alternativlos sei oder geändert werden könnte.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, ob für die im Jahr 2012 gesicherte alte Leuchtschrift „Plauener Spitze“ (ehemals auf dem Gebäude Dürerstraße angebracht) im Zuge des anstehenden „Stadtjubiläums 900“ ein geeigneter Ort für den Aufbau dieser Schrift gefunden werden kann.

Derzeit liegt diese Leuchtschrift in einem Lager des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine Prüfung zu.

Stadtrat Bernd Stubenrauch merkt an, dass gegenüber der „Plauener Hütte“ in den Österreichischen Alpen auch einen Berg mit Namen „Plauener Spitze“ gibt. Dieser sollte zukünftig wieder öfters erwähnt werden. Auch dies sieht Stadtrat Stubenrauch als Marketing für die Stadt Plauen an.

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, wie weit sich die Realisierung des für 2022 geplanten Breitbandausbaus aufgrund der zu Beginn der heutigen Stadtratssitzung geschilderten aktuellen Situation in Plauen nach hinten verschieben wird.
Weiterhin fragt er nach, ob die mögliche Förderung für den Breitbandausbau damit wegfallen könnte, wenn die Baumaßnahmen noch weiter nach hinten verschoben werden müssten.

Oberbürgermeister Oberdorfer kann diese Frage leider nicht beantworten. Die einzelnen Kommunen im Vogtlandkreis haben den Breitbandausbau in die Kompetenz des Landratsamtes abgegeben. Oberbürgermeister Oberdorfer hatte zu Beginn der heutigen Sitzung dargelegt, wie die Situation für den Ausbau der Gebiete aussieht, die mit Fördermitteln erschlossen werden sollen. Die Kernstadt von Plauen ist bereits erschlossen.
Welchen zeitlichen Verzug es geben könnte, kann derzeit nicht beziffert werden. Dies hängt von der Nachfolgelösung ab.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., führt aus, dass an Laternen am Eingang des Geländes der Festhalle 2 Plakate der Partei „III. Weg“ hängen. Er fragt nach, ob dies öffentliche Laternen sind oder sich diese Laternen im Verwaltungsbereich der Festhalle GmbH befinden und demzufolge nicht für Plakatierungen frei gegeben wären.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt prüfen, wem die Laternenmasten am Eingang des Festhallengeländes gehören und ob es dort die Gestattung für das Aufhängen von Plakaten gibt.

Stadtrat Legath fragt nach, ob am 01.05.2019 für Teilnehmer der Demonstration der Partei „III. Weg“ in Plauen ebenfalls Sonderbusse eingesetzt werden, um diese vom Bahnhof zum Veranstaltungsgelände zu transportieren oder ob diese Teilnehmer (nach Meinung von Stadtrat Legath „verurteilte Rechtsterroristen und Gewaltverbrecher“) „nicht so schlimm seien wie die Fans von Chemie Leipzig“.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass die Einschätzung, welche Maßnahmen zu den einzelnen Veranstaltungen, die am 01.05.2019 in einer Vielzahl in Plauen stattfinden werden, eine Sache der Versammlungsbehörde des Vogtlandkreises ist.

Stadtrat Legath führt weiter aus, dass es in Sachsen eine Gruppe von Bürgermeister/innen gibt, die sich explizit zusammengeschlossen haben, um etwas gegen „Rechts“ zu unternehmen. Er fragt nach, ob Oberbürgermeister Oberdorfer auch zu dieser Gruppe gehört.

Auf weitere Nachfrage von Stadtrat Legath, teilt Oberbürgermeister Oberdorfer mit, dass er sich am 01.05.2019 am Albertplatz aufhalten wird.

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Plauen, den

Tobias Kämpf
Stadtrat

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Plauen, den

Daniel Herold
Stadtrat